

Arbeitskreis Schule und Bildung in Baden-Württemberg

c/o Ewald Wetekamp, Wassergasse 12, 78333 Stockach

E-Mail: mail@arbeitskreis-schule-und-bildung.de

Internet: www.arbeitskreis-schule-und-bildung.de

11. Juni 2015

Pressemitteilung

Eindruck der Ruhe an den Schulen täuscht

Versuchen die Schulbehörden nun, Kritiker der grün-roten Schulpolitik einzuschüchtern?

Ein dreiviertel Jahr vor den nächsten Landtagswahlen ist nur scheinbar Ruhe an den Schulen des Landes eingekehrt.

Die Landesregierung versucht in der Tat alles, um den Anschein zu erwecken, die Bürgerinnen und Bürger des Landes hätten sich mit der grün-roten Schulpolitik abgefunden. Der Kultusminister und sein Ministerpräsident reisen durchs Land und zelebrieren in verschiedenen Großveranstaltungen ihre Schulpolitik als Erfolgsgeschichte. Nach Karlsruhe im April des Jahres wird am kommenden Samstag Ulm die nächste Station sein.

Die Medien des Landes berichten leider nur wenig über die Proteste im Land. Sehr tut sich bei den Protesten der Realschullehrerverband Baden-Württemberg (RLV) hervor. Aber wer, außer besonders Interessierten, liest schon die regelmäßigen Pressemitteilungen des Verbandes, wenn sie von den Medien nicht aufgegriffen werden. Wer weiß zum Beispiel von der Pressemitteilung vom 20. Mai, in der es heißt: **«So ist es nicht verwunderlich, dass immer mehr Bürger keinen Spaß mehr verstehen bei der Bildungspolitik unter Grün-Rot, und so hinters Licht geführt, wachsen Proteste und schwindet das Vertrauen der Wähler in die Politik. Ideologischer Borniertheit entsprungene brutale Knebelung und Demontage der bislang als erfolgreich erlebten und deshalb noch immer stark nachgefragten Realschule lehnen nun auch immer mehr Bürger ab und gehen in Konfrontation zur Landespolitik.»**

Der Verband nimmt schon seit Monaten mit guten Argumenten gegen das Konzept der Landesregierung für die Realschulen Stellung und kritisiert auch am 20. Mai erneut, dass den Realschulen des Landes «per Schulgesetzänderung künftig vorgeschrieben [wird], wie unterrichtet werden darf. Unser Kernprinzip der Leistungsorientierung durch Differenzierung wird eingeschränkt, ein Niveauverlust ist einkalkuliert und Abwanderung auf Gymnasien und Privatschulen ist bereits im Gang.»

Aber nicht genug damit, dass solche Stimmen unter den Teppich gekehrt werden sollen, ist die Landesregierung bzw. sind die Schulbehörden des Landes dazu übergegangen, kritische Stimmen aus der Lehrerschaft einschüchtern zu wollen, und zwar jenseits rechtsstaatlicher Grundsätze mittels verschiedener Techniken, die alle aus den Handreichungen zum sogenannten «Change Management» bekannt sind. Beim «Arbeitskreis Schule und Bildung in Baden-Württemberg» haben sich schon mehrere Lehrerinnen und Lehrer gemeldet, die berichten, dass sie nach kritischen Äußerungen zur grün-roten Schulpolitik von Schulleitern oder von Schulämtern einbestellt worden sind.

Landesregierung, Kultusministerium und Schulbehörden sind deshalb daran zu erinnern, dass auch Lehrerinnen und Lehrer Staatsbürger sind. Das Grund- und Menschenrecht der Meinungsfreiheit gilt auch für sie, wenn sie sich als Bürger zu Wort melden. Sie haben als Pädagogen sogar eine «Pflicht», ihre Meinung öffentlich zur Diskussion zu stellen, wenn sie schwerwiegende pädagogische Bedenken gegen eine ihrer Meinung nach unverantwortliche Bildungspolitik haben.